



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 10. Oktober 1909

(Dreißig Jahre Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Die Rede des Prinzen Ludwig von Bayern. Marokko. Der Charbiner Zwischenfall. Die Reise des Reichskanzlers nach Rom.)

Ein bedeutamer Erinnerungstag ist in der verflossenen Woche begangen worden, der dreißigste Jahrestag des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Vor fünf Jahren, als seit dem Abschluß dieses Bündnisses ein Vierteljahrhundert verflossen war — und 25 ist ja doch nun einmal die eigentliche Jubiläumsziffer —, feierte man den Gedenktag hüben und drüben auch in herzlichsten und in feierlichen Worten, aber jetzt, so scheint es, ist etwas hinzugekommen, was der Erinnerung noch eine besondere Bedeutung gibt. Selten, sehr selten fügt es sich in der Weltgeschichte, daß Bündnisse zwischen zwei Völkern auf längere Dauer geschlossen werden. Alles, was die Lebensinteressen der Völker bedingt, ist so mannigfacher Wechsel unterworfen, daß jede neue Strömung immer wieder die zweifelnde Frage hervorruft, ob diese oder jene Verträge, mit deren Hilfe man die Schicksale der beteiligten Völker in bestimmte Bahnen zu leiten versucht hat, auch heute noch den Wert haben, den man ihnen früher beigelegt hat. Auch das deutsch-österreichische Bündnis ist diesen Zweifeln und Fragen nicht entgangen. Der alte geschichtliche Zusammenhang zwischen dem Deutschen Reich und der Monarchie der Habsburger konnte zwar als ein fester Halt für die Bundesgenossenschaft gelten, und unvergessen wird in allen deutschen Herzen immer Kaiser Franz Josephs schlichtes und in seiner schlichten Empfindung so großes Wort bleiben, mit dem er das Ansinnen, Deutschlands Hoffnungen nach 1866 vereiteln zu helfen und seine Rache für die Niederlage zu nehmen, zurückwies: „Ich bin ein deutscher Fürst!“ Aber die Entwicklung Österreich-Ungarns schien das Deutschtum immer mehr aus seiner alten geschichtlichen Rolle herauszudrängen, und deshalb ist auch immer wieder die Besorgnis aufgetaucht, ob die Interessengemeinschaft zwischen den verbündeten Reichen noch auf längere Zeit hinaus stark genug sein wird, um trotz dem unverkennbaren Haß der nichtdeutschen Völker der Doppelmonarchie an der Donau gegen das Deutschtum das Bündnis mit dem Deutschen Reich zu stützen. Das alles sind wichtige Gesichtspunkte, und man soll den Blick davor nicht verschließen. Aber es scheint jetzt das Verständnis dafür zu keimen, daß Bismarcks scharfes Auge noch über die zutage liegenden Verhältnisse hinaus, den Dingen tiefer auf den Grund gesehen hat. Das Deutschtum in Österreich, die Beziehungen der Vergangenheit, die zeitweilige Interessengemeinschaft in einzelnen politischen Fragen — das alles trat bei Bismarck zurück hinter der vorausschauenden Erwägung, wie sehr es die internationale Stellung, die den beiden Reichen infolge ihrer geographischen Lage und ihrer selbständigen eigenartigen Entwicklung für die nächste Zeit voraussichtlich zufallen mußte, nützlich und notwendig macht, daß sie sich gegenseitig ergänzen und zusammenhalten. Wenn man genau liest, was Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ darüber gesagt hat, so erkennt man, wie wenig optimistisch er alle die Momente beurteilt, die der populären Betrachtung als die Hauptgründe für das Bündnis mit Österreich-Ungarn erscheinen, wie er aber trotzdem eine Menge Gesichtspunkte zu finden weiß, die ihn aus der Betrachtung der internationalen Lage immer wieder zu dem Gedanken dieses Bündnisses hinführen. Das sind die Gesichtspunkte, die seitdem in der europäischen Politik immer größere Bedeutung gewonnen haben. Was mit dem deutsch-österreichischen Bündnis erreicht worden ist, das hat sich auch der nicht näher eingehenden öffentlichen Meinung in Europa während der bosnischen Krisis im Früh-

jahr 1909 zum erstenmal sinnfällig gezeigt. Hier hat sich eine reale Machtpolitik enthüllt, die nachweisbar der Welt den Frieden erhalten hat, ohne daß eines der beiden verbündeten Reiche auch nur im geringsten genötigt gewesen ist, aus seiner eignen Interessensphäre herauszutreten oder in die der Nachbarmacht hinüberzugreifen. Das ist die beste Rechtfertigung dieses Bismarckwerks und des freudigen Stolzes, mit dem jetzt in Deutschland wie in Österreich-Ungarn dieses dreißigjährigen Festhaltens der beiden Regierungen und Völker an einem gesunden und fruchtbaren Grundgedanken ihrer Politik gedacht wird.

Das Verhältnis Deutschlands und Österreichs ist auch noch in einem andern Zusammenhange der Öffentlichkeit vor Augen gerückt worden. Prinz Ludwig von Bayern war am 3. Oktober bei einer Feier zugegen, die der Enthüllung eines Denkmals bei Helmstadt für das Gefecht am 25. Juli 1866 galt — ein Gefecht, in dem Prinz Ludwig verwundet wurde. Es war natürlich, daß die Erinnerungen an den deutschen Bruderkrieg in dem bayrischen Prinzen, der damals im Kampfe gegen Preußen die Bluttaufe empfing, eine besondere Gedankenkette auslösten. Er erinnerte sich jener Zeiten und sprach über die großdeutsche Idee und unsre Beziehungen zu den Deutschen in Österreich. Was den Inhalt der Rede betrifft, so hat auch bei uns eine übereifrige Kritik hier und da allerlei herausgehört, was den Prinzen als einen heimlichen Gegner der gegenwärtigen deutschen Verhältnisse erscheinen lassen sollte. Man wollte so etwas wie Bedauern über die Entwicklung seit 1866 vernommen haben. Dazu bietet aber die Rede keinen Anlaß, und ebenso wenig läßt die offenerzige Art des Prinzen dergleichen vermuten. Prinz Ludwig hat seine ehrliche deutsche Gesinnung so oft bekannt, daß niemand ein Recht hat, ihm ohne Grund Gedanken unterzulegen, die von einer andern Voraussetzung ausgehn. Daß er in seinen Ausführungen von den Tatsachen ausging, deren Erinnerung durch die Gelegenheit lebendig wurde, ist fast selbstverständlich, und es macht ihm nur Ehre, wenn er bekennt, als Jüngling der Meinung gewesen zu sein und sie noch heute zu hegen, daß es die großdeutsche Idee war, für die Bayern damals das Schwert zog. Ob das historisch in dem Sinne richtig ist, daß auch der leitende Staatsmann Bayerns damals an die Verwirklichung der großdeutschen Ideale geglaubt und um deswillen den jungen König zur Beteiligung am Kriege bestimmt hat, ist eine Frage für sich. Was Herrn von der Pfordten an die Seite Österreichs trieb, war wohl im Gegenteil die Hoffnung, im Falle des erwarteten Sieges der österreichischen Waffen so am besten eine Lösung der deutschen Frage auch im großdeutschen Sinne verhindern und dafür über einem gedemütigten, womöglich zerstückelten Preußen der mittelstaatlichen Herrlichkeit neue Stützen geben zu können. Doch das alles berührt die Bedeutung der Worte des Prinzen Ludwig nicht. Sie kamen aus deutscher, treuer Gesinnung und waren natürlich und ehrlich gesprochen, und daran soll man sich genügen lassen.

Eine andre Frage wieder ist, ob die Worte über die Stellung der Deutschen in Österreich dort so gewirkt haben, wie offenbar beabsichtigt wurde. Es scheint nicht der Fall zu sein; manche unwirksame Kritik belehrt uns darüber. Das erinnert uns an die Rehrseite solcher öffentlichen Kundgebungen fürstlicher Personen. Die Höhe, die den Fürsten ihre Stellung gibt, bedingt eine gewisse Entfernung von den Gedankenkreisen, die den täglichen Markt des Lebens bewegen. Diese Entfernung kann, soweit sie nicht Unkenntnis bedeutet, in vielen Dingen nützlich sein, wenn sie dazu verwandt wird, die Dinge von höherer Warte aus zu zeigen. Aber sobald die Kundgebung einer fürstlichen Persönlichkeit aus der Sphäre heraustritt, in der ihr eine natürliche Wirkung gesichert ist, ist auch die Gefahr des Mißverständnisses desto größer. Die Gedanken scheinen mit zu starken Gewichten belastet,

und es fehlen die mancherlei korrigierenden und abschleifenden Einflüsse, die dem privaten Meinungsaustausch eine größere Sicherheit in der Berechnung der Wirkungen nach außen hin geben. Von der Übertreibung, daß Prinz Ludwig mit seinen Worten die Interessen der Deutschen in Österreich geschädigt habe, wird man übrigens in Österreich-Ungarn selbst mittlerweile wohl zurückgekommen sein.

Der Horizont unsrer auswärtigen Politik ist glücklicherweise ziemlich hell. In Marokko läßt sich vorläufig nur betonen, daß das Vorgehen der Spanier unsre Interessen kaum berührt, und daß wir um so weniger Veranlassung haben, Spanien etwas in den Weg zu legen, als es den andern Mächten die ausdrückliche Erklärung gegeben hat, sich streng innerhalb der Algecirasakte halten zu wollen. Wir können Frankreich und England die Entscheidung überlassen, ob sie etwa den Wunsch hegen, sich mit Spanien auseinanderzusetzen. Das scheint aber ebensowenig der Fall zu sein, wie die Maßregelung des Generals d'Amade in Frankreich zeigt. General d'Amade, der ehemalige Befehlshaber des französischen Expeditionskorps in Marokko, hatte sich interviewen lassen und dabei scharfe Anklagen gegen die Absichten der spanischen Politik und Kriegführung erhoben. Die Regierung hat ihn mit bemerkenswerter Schnelligkeit desavouiert und seiner Stellung enthoben.

Für überflüssige Konflikte ist jetzt nirgends Stimmung. Man ist froh, wenn man der wirklichen Schwierigkeiten und tiefen Gegensätze Herr bleibt. Das zeigt auch die Behandlung des deutsch-russischen Zwischenfalls in Charbin, der von der russischen Regierung mit bemerkenswerter Ruhe und Besonnenheit aufgefaßt worden ist, obwohl ein Teil der russischen Presse gewaltigen Lärm machte. Die ersten Berichte über den Zwischenfall lauteten sehr befremdend; nachher hat sich, wie so oft, der Sachverhalt als sehr einfach herausgestellt. In Charbin hatten deutsche Reichsangehörige, die bei einer russischen Gesellschaft tätig waren, gegen das Urteil eines russischen Gerichts dadurch Schutz gesucht, daß sie die deutsche Flagge hielten. Sie hatten dazu die Erlaubnis des deutschen Vizekonsuls nachgesucht, der sie auch in diesem Falle irrtümlich — gegeben hatte. Daß der Vizekonsul selbst die Flagge hatte hissen lassen, wie es in den russischen Zeitungsberichten hieß, war nicht richtig. Bei dem Versuch der russischen Behörde, das Urteil zu vollstrecken, kam es zu persönlichen Konflikten der Deutschen mit russischen Polizeibeamten, und dabei sollen auch Tätlichkeiten vorgefallen sein. Der Vorfall würde durch den deutschen Konsul in Muden untersucht, und es stellte sich heraus, daß das Unternehmen, bei dem die erwähnten deutschen Reichsangehörigen tätig waren, keinen Anspruch auf Schutz des Deutschen Reichs hatte, sondern der russischen Gerichtsbarkeit unterstand. Der deutsche Konsul gab deshalb selbst den Befehl, die deutsche Fahne einzuziehen, und zog die Intervention zugunsten der russischen, irrtümlich für deutsch angesehenen Gesellschaft zurück. Wie wenig andererseits die russischen Behörden daran gedacht hatten, die persönlichen Rechte der Deutschen auf Reichsschutz anzutasten, ergibt sich daraus, daß die beleidigte russische Behörde keine Beschwerde beim deutschen Konsulargericht über das Verhalten der deutschen Reichsangehörigen eingelegt hat. Die russische Regierung hat sich an das Geschrei ihrer Presse gar nicht gekehrt, sondern sich begnügt, davon Notiz zu nehmen, daß die Sache ordnungsmäßig innerhalb der Grenzen erledigt wurde, in die sie gehörte. Deshalb hat sie auch nicht bei der deutschen Regierung Beschwerde erhoben, da es dieses Schritts zur Erledigung gar nicht bedurfte.

Die Reise unsers Reichskanzlers nach Rom ist vorläufig noch aufgeschoben worden. Die Rücksicht auf die Reisedispositionen des Königs Viktor Emanuel und die bevorstehende Reise des Zaren nach Italien ließen die zuerst in Aussicht genommene Zeit nicht geeignet erscheinen. Dann aber steht der Zusammentritt des

Reichstags bevor, und es versteht sich von selbst, daß der Reichskanzler um diese Zeit nicht gern den Geschäften fern sein möchte. Der Besuch in Rom wird also in diesem Jahre wohl nicht mehr stattfinden.

### Aus dem Wirtschaftsleben

9. Oktober 1909

(Der Kursstand der deutschen Staatsanleihen — Zweimonatsbilanzen — Das Programm des Hanfabundes.)

Seit vielen Jahren ist der Kurs der Deutschen Reichs- und Staatsanleihen auffällig niedrig, namentlich im Vergleich zum Kursstand der besten ausländischen Anleihen. Über die Ursachen dieses für Deutschland unerfreulichen Zustandes haben jedes Jahr wiederkehrende Erörterungen der Fachpresse und Literatur ausreichend Klarheit geschaffen. Nur die Mittel scheinen noch immer nicht gefunden, die diesen Zustand endgiltig beseitigen könnten. Ein kürzlich im Berliner Aktionär veröffentlichtes Urteil des angesehenen Nationalökonomen Professor Lexis hat von neuem eine umfangreiche Diskussion eröffnet. Professor Lexis äußerte die Ansicht „daß die Lage der deutschen Finanzen keineswegs vertrauenerweckend sei, daß die deutschen Staatspapiere überall denselben Kredit finden könnten wie die französischen und englischen“. Dieser Behauptung ist mit Recht überall auf das entschiedenste widersprochen worden. Ein vortrefflicher Artikel der Berliner Politischen Nachrichten hat vor kurzem wieder nachgewiesen, daß die Unterlagen unsrer Anleihen für erstklassige Sicherheit Gewähr leisten, und daß auch die Kreditwürdigkeit des Reiches über allen Zweifel erhaben ist. Der niedrige Kursstand der Anleihen ist hauptsächlich durch Mängel der Organisation des Kapitalmarktes und durch das Hinausschieben der Reichsfinanzreform verschuldet worden, während die innere finanzielle Kraft des Reiches einen weit höhern Kursstand gerechtfertigt hätte.

Der günstige Kursstand der französischen Rente ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Etat Jahr für Jahr durch neue Steuern ausgeglichen wird. Zur Deckung dringender Geldbedürfnisse gibt Frankreich kurzfristige Schatzwechsel aus und nimmt so unter vollkommener Schonung des Kapitalmarktes den immer flüssigen Pariser Geldmarkt in Anspruch, ohne daß die schwebende Schuld nennenswert angewachsen wäre.

Ganz ähnlich günstig liegen die Verhältnisse in England, wo der jährlich emittierte Betrag der Anleihen des Staates verschwindet gegenüber den Hunderten von Millionen fremder Staatsanleihen. In beiden Ländern kommt hinzu, daß sich die Anleihen in festen Händen befinden. Der Franzose begnügt sich mit einer kleinen aber sichern Rente; in England haben die Sparkassen sowie öffentliche und private Korporationen den größten Teil der Staatsanleihen in festem Besitz.

In Deutschland blieben neue Steuerquellen unerschlossen, dagegen kamen jährlich ansehnliche Beträge von Staatsanleihen auf den Markt. Zugleich drückte die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatzanweisungen auf den Geldmarkt.

Die durch die Finanzreform neugeschaffenen dauernden Einnahmequellen sind wohl geeignet, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichsetat herzustellen. Die dadurch herbeigeführte bedeutende Verringerung des Anleihebedarfs schafft die erste Bedingung für eine Stabilisierung der Rentenkurse: verringertes Angebot auf dem Kapitalmarkte. Da das Ziel jedoch eine Hebung des Kursniveaus ist, muß zugleich mit der Verringerung des Angebots auch die Nachfrage vermehrt werden. Die zu diesem Zwecke in Preußen versuchten großen Mittel, zum Beispiel der Versuch, die gesetzliche Verpflichtung der Sparkassen zur Anlegung eines höhern Prozentsatzes ihrer Mittel in Staatsanleihen einzuführen, sind an dem

Widerstande des Parlaments gescheitert, und so muß sich die Regierung mit kleinen Mitteln behelfen. Sie hat den Sparkassen, die freiwillig einen höhern Anleihebestand halten, Erleichterungen in der Geschäftsführung gewährt, sie sucht das Interesse für die Staatsschuldbücher zu heben und andres mehr.

Vom 1. April 1911 an ist dem Reiche durch den Tilgungsplan der Reichsfinanzreform ein weiteres sehr wirksames Mittel an die Hand gegeben worden, um durch Ankauf von Reichsschuldverschreibungen an der Börse die Nachfrage auf dem Anleihemarkt zu erhöhen.

Da schließlich auch vom 1. Januar 1910 an die Vorschußpflicht des Reichs an die Berufsgenossenschaften wegfällt, wird die starke Finanzspruchnahme der Reichsbank durch Schakanweisungen ein Ende haben, was nicht ohne günstige Wirkung auf den Zinssatz bleiben dürfte.

Der Geldstand ist ja eins der wichtigsten Momente für die Kursgestaltung der festverzinslichen Wertpapiere, und die dauernd niedrigen Zinssätze in Frankreich und England erklären allein schon den günstigen Kurs der Anleihen dieser Länder, wozu noch der Überfluß an Mitteln kommt, die infolge der verhältnismäßig wenig entwickelten Industrie am Anleihemarkt Anlage suchen.

Nachdem im Februar dieses Jahres der Reichsbankdiskont bis auf  $3\frac{1}{2}$  Prozent herabgegangen war (von  $7\frac{1}{2}$  Prozent im Januar 1908), hätte man einen Einfluß auf den Kurs unsrer Anleihen erwarten müssen. Jedoch die schon vor Monaten einsetzende Spekulation, die anfangs auf dem Markte der Kolonialwerte, jetzt aber bereits auf der ganzen Linie zu starken Übertreibungen geführt hat, verhinderte, daß die Wirkung der Diskontermäßigung zur Geltung kam. Das Privatpublikum brachte, um sich an der Spekulation beteiligen zu können, in bedeutendem Maße festverzinsliche Werte zum Verkauf, und so war ein Kursrückgang unvermeidlich. Man darf niemals annehmen, daß das deutsche Publikum im nationalen Interesse Staatsanleihen kaufen wird, und die Berater des Publikums, die Banken, haben gar kein Interesse, ihren Kunden Staatsanleihen zu empfehlen. Im Gegenteil, sie müssen darauf Bedacht nehmen, ihre großen Bestände an Dividendenpapieren abzustößen, und werden deshalb, wenn auch „Ohne Obligo“, „ohne direkt zuraten zu wollen“, mit der Schilderung der Vorzüge der Aktien zurzeit der Börsenhauße nicht zurückhalten. Auch gewähren die Banken dem spekulierenden Publikum gern Kredit.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts von  $3\frac{1}{2}$  auf 4 Prozent\*) am 20. September wurde nun als Warnungssignal für die Spekulation bezeichnet, dürfte aber unsers Erachtens ohne jede Einwirkung geblieben sein. Denn die Banken berechnen eben jetzt dem Publikum für das zur Spekulation geliehene Geld  $\frac{1}{2}$  Prozent Zinsen mehr, und das Publikum läßt sich durch eine so geringe Verteuerung des Kredits nicht abschrecken, wo es doch einen mehrprozentigen Kursgewinn von heute auf morgen erhofft.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Diskonterhöhung überhaupt überflüssig war; im Gegenteil, sie ist ein Schulbeispiel für die hohe Aufgabe der Diskontpolitik, durch rechtzeitige Bewegung der Diskontschraube der künftigen Gestaltung des Geldmarkts voranzuhelfen.

Über die Ursache des niedrigen Kursstandes der deutschen Staatsanleihen äußerte sich der hervorragende Sachverständige, der Vizepräsident des Reichstages, Raempff, im Reichstage folgendermaßen: „Mit dem Eisenbahnbau in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts läßt sich die jetzige Zeit vergleichen, wo die Elektrizität ebenso große Festlegungen von Kapitalien herbeiführt wie damals der

\*) Die weitere Erhöhung des Diskonts ist erst kurz vor dem Druck dieses Artikels bekannt geworden. Die Redaktion

	Deutsche Bank		Resdner Bank		Disconto-Ges.		Darmstädter		Schaffhaus.		Com. u. Dist.		National-Bank		Wittelb. G.		Allg. Deutsche Credit-Anstalt	
	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ	30. Summ	31. Summ
<b>Activa</b>																		
Kasse, fremde Wechseln und Coupons . . . . .	85,77	58,23	42,20	26,54	34,91	15,99	32,97	24,59	14,16	8,56	11,13	10,96	9,22	5,32	8,11	4,57	11,74	7,52
Wechsel u. beauftragte Anschaffungen . . . . .	572,84	647,06	221,50	260,86	169,50	159,78	130,05	143,68	68,54	74,30	76,78	79,15	51,38	55,19	26,59	32,16	70,54	70,60
Guthaben bei Banken u. Säckern . . . . .	78,15	77,21	32,76	38,76	46,27	65,22	24,04	34,18	11,29	12,82	19,00	18,41	8,11	18,56	2,86	3,37	8,92	6,72
Report und Sombards	281,10	280,24	139,22	151,10	81,90	96,53	104,12	115,67	34,45	45,95	49,88	58,28	73,30	75,25	19,80	19,96	7,03	6,91
Vorräthe auf Aktien u. Anleihen . . . . .	34,25	17,33	35,98	28,34	63,38	52,96	10,28	8,24	—	—	17,63	16,39	—	—	1,38	1,55	18,11	14,84
Eigene Wertpapiere . . . . .	51,31	53,08	54,45	62,51	23,78	40,95	51,55	46,85	43,01	48,45	31,82	33,25	26,51	24,99	5,89	6,84	27,34	26,56
Sonstige Beteiligungen . . . . .	23,05	17,10	36,30	40,10	48,47	41,67	44,93	45,93	24,09	20,37	13,90	12,66	31,83	31,56	8,17	7,56	9,04	8,23
Dauerhafte Beteiligungen an dem Bankinstanzen und Bankfirmen . . . . .	63,96	65,88	31,28	31,23	101,46	98,18	31,57	31,07	24,22	24,12	10,09	10,08	—	—	2,46	2,46	16,75	16,43
Debitoren in laufender Rechnung . . . . .	616,32	648,59	457,32	444,43	320,79	329,89	277,00	280,13	291,67	291,30	153,84	147,74	146,06	145,23	99,95	101,30	195,64	197,73
<b>Passiva</b>																		
Stiftkapital . . . . .	200,00	200,00	180,00	180,00	170,00	170,00	154,00	154,00	145,00	145,00	85,00	85,00	80,00	80,00	54,00	54,00	90,00	90,00
Reserven . . . . .	103,70	103,70	51,50	51,50	57,59	57,59	30,25	30,25	34,15	34,15	12,80	12,80	13,22	13,22	7,68	7,68	37,85	37,85
Stellung in laufender Rechnung . . . . .	817,06	889,86	409,98	441,96	256,51	289,33	344,47	357,51	190,60	192,41	141,27	146,91	168,07	172,41	57,24	60,82	112,27	107,09
Depotengelder . . . . .	471,49	470,28	222,47	223,13	233,26	245,26	86,97	89,26	73,33	76,61	80,39	79,57	33,70	32,98	16,83	17,07	79,72	82,05
Stühle und Scheids . . . . .	224,19	216,82	209,74	200,80	179,89	173,34	99,02	100,49	82,44	82,43	70,40	67,33	52,39	52,15	42,38	42,30	53,81	52,08
Stad. Verpflichtungen . . . . .	92,07	90,68	34,78	35,04	38,30	40,14	17,96	17,27	51,68	50,08	16,76	17,34	11,24	11,77	5,21	6,14	3,26	3,27
Sonstige Passiven . . . . .	21,25	19,59	5,73	6,46	3,51	6,10	0,59	7,97	3,83	12,06	6,50	9,85	4,19	8,36	3,19	3,80	12,57	8,51

Eisenbahnbau, und wenn Sie die Entwicklung der Elektrizität nicht beiseite schieben, wenn Sie die Segnungen, die mit dieser industriellen Entwicklung für das deutsche Volk verknüpft sind, haben wollen, dann müssen Sie sich auch die Gegenseite der Medaille gefallen lassen, daß nämlich der Kurs der Staatspapiere ein niedriger ist.“

Die Belebung des Börsengeschäfts kommt auch in den Zweimonatsbilanzen zum Ausdruck, die am 30. September veröffentlicht worden sind (S. 148), zum letztenmal vor der im November zu erwartenden Schlußtagung der Bankenquetekommission, für die besonders interessant sein wird, daß auch diesmal die Liquidität der Banken keine Besserung aufweist.

Am 4. Oktober haben Präsidium und Direktorium des Hansabundes das Programm des Bundes, die Richtlinien für seine nächste Tätigkeit, bekannt gegeben. Das Programm berechtigt zu der Hoffnung, daß der Hansabund mit dazu beitragen wird, das Überhandnehmen des Materialismus in der Politik aufzuhalten und zu unterdrücken. Das bisher übliche rücksichtslose Hervortreten der Sonderinteressen der politischen Parteien will sich der Hansabund nicht zu eigen machen, vielmehr will er — in Übereinstimmung mit unsern Ausführungen auf Seite 5 der Grenzboten vom 30. September —, daß sich der Einzelmensch, die Einzelgruppe bei einem etwaigen Gegensatz ohne weiteres und bedingungslos den nationalen Interessen unterordne, wobei als Nation alle Angehörigen des Deutschen Reiches ohne Rücksicht auf ihre Stammeszugehörigkeit und ihren Glauben aufgefaßt werden sollen. Eine politische Partei will und kann der Hansabund nicht sein, da die ihm innerlich zugehörigen Mitglieder aller politischen Parteien in ihm Platz finden.

Der Entstehungsgrund des Bundes, die Bevorzugung der agrarischen Forderungen durch die Gesetzgebung, hat die Veranlassung gegeben, als leitenden Gedanken und unverrückbare Grundlage der Wirtschaftspolitik des Bundes den Grundsatz aufzustellen: Gleichberechtigung aller Erwerbsstände. Deshalb wird der Bund in der Finanzpolitik für die Aufhebung der gelegentlich der Reichsfinanzreform erlassenen Finanzgesetze, durch die er eine gerechte Verteilung der Staatslasten unter sämtliche Erwerbsstände nicht herbeigeführt sieht, eintreten.

In der Handelspolitik erstrebt er vor allem Maßnahmen, die den Export fördern, in der Gewerbepolitik wird er alle Bestrebungen unterstützen, die auf bessere und gründlichere Ausbildung der heranwachsenden Generation und auf die Erlangung des Bezuges billiger Betriebsmittel gerichtet sind.

Wohl die schwierigste Frage des Programms war die, wie sich der Hansabund zur Sozialpolitik stellen solle. Eine einseitige Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen war ausgeschlossen, da dem Bunde an der Gefolgschaft der Arbeitnehmerscharen liegt. Das Präsidium hat die Schwierigkeiten in glücklichster Weise überwunden. Der Hansabund wird auch hier nur die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie vertreten. Er wird Sorge tragen für eine soziale Gesetzgebung, die auf die Sicherstellung der Zukunft aller Arbeitnehmer und auf Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit Bedacht nimmt. Er wird sich jedoch auch „unter Wahrung strikter Neutralität jeder Tätigkeit da enthalten, wo sich entgegengesetzte Interessen und Forderungen der in ihm vertretenen Erwerbsgruppen und deren Angehörigen gegenüberstehen. Dies gilt insbesondere von entgegengesetzten Interessen und Forderungen des Großhandels und der Großindustrie einerseits und des Mittel- und Kleingewerbes oder Handwerks andererseits und von denen der Arbeitgeber auf der einen und der Arbeitnehmer auf der andern Seite.“

Trotzdem wird der Hansabund in jeder möglichen Weise auf die Milderung und Ausgleichung von Gegensätzen auf sozialpolitischem Gebiete hinwirken.

Der vierte Punkt des Programms erkennt sehr richtig, daß in weiten Kreisen über die Bedeutung von Gewerbe, Handel und Industrie, über ihre Stellung in

der Volkswirtschaft noch immer Unklarheit herrscht. Der Hansabund hält es deshalb für seine Pflicht, in allen Schichten der Bevölkerung volle Aufklärung hierüber zu verbreiten. Im Zusammenhang damit wird der Bund für die Ausbreitung der Bürgerkunde Sorge tragen durch Förderung staatlicher und privater Maßnahmen, die ausreichende Kenntnisse der Grundlagen der Volkswirtschaft und des Staatslebens bei der heranwachsenden Generation verbreiten sollen.

Das Programm, das im ganzen wohl gelungen ist, scheint, obwohl es einer rein wirtschaftlichen Vereinigung Richtlinien gibt, doch durchaus im Einklang mit unsrer Forderung zu stehen, daß die wirtschaftlichen Interessen dem ideellen Streben für die Wohlfahrt und die Größe des Vaterlandes untergeordnet werden müssen.

Richtlinien des Hansabundes. Präsidium und Direktorium des Hansabundes haben in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 4. Oktober 1909 Richtlinien für die nächste Tätigkeit des Bundes einstimmig beschlossen, deren Hauptpunkte lauten:

I. Der Hansabund ist davon durchdrungen, daß der moderne Staat nur gedeihen kann, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage auch seiner Wirtschaftspolitik bildet. Der Hansabund wird daher dahin wirken:

1. daß Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie die ihnen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Gleichberechtigung sowohl in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung und Leitung des Staates eingeräumt werde;

2. daß den berechtigten Interessen dieser Stände nicht nur bei dem Erlaß von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen, sondern auch bei deren Ausführung Rechnung getragen werde;

3. daß der für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Nation wie für unser Verhältnis mit dem Ausland gleichermaßen unheilvolle Einfluß jener einseitigen agrar-demagogischen Richtung gebrochen werde, deren ganzes bisheriges Wirken von entgegen gesetzten Grundanschauungen getragen war.

II. Bei der Durchführung dieser Grundsätze wird sich der Hansabund von folgenden allgemeinen Gedanken leiten lassen:

1. daß er bei einem etwaigen Gegensatz die nationalen Interessen allen einseitigen gewerblichen Interessen ohne weiteres und bedingungslos voranzustellen hat;

2. daß er ausschließlich die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie zu vertreten, zu fördern und vor Schädigung und Angriffen zu schützen hat;

3. daß seine Reihen jedem, ohne Unterschied der politischen oder religiösen Überzeugung, offenstehn, welcher seine Ziele zu den seinigen macht, und daß ihm daher jede Austragung politischer oder konfessioneller Gegensätze oder Interessen fernliegt;

4. daß er somit selbst keine politische Partei ist, da die ihm innerlich zugehörigen Mitglieder aller politischen Parteien in ihm einen Platz finden, wohl aber eine wirtschaftliche Vereinigung mit den durch ihr wirtschaftliches Programm bedingten, unter I festgestellten politischen Zielen.

Das Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Während der zweite Band der (bei Gustav Fischer in Jena erscheinenden) dritten Auflage des großen Werkes immer noch durch die Verzögerung eines umfangreichen Beitrages an der Veröffentlichung gehindert wird, liegt uns jetzt der dritte Band (Winnenschiffahrt bis

Exportmusterlager) fertig vor. Unter den seit der ersten Auflage neu hinzugekommenen Artikeln fällt vor allen der über Bismarck von H. Diegel in die Augen; darin werden die innere Politik des Reichsgründers, namentlich seine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und ihre Wandlungen ungemein lebendig und anziehend, aber zugleich kritisch, dargestellt, sodaß sich eine Sonderausgabe, die bei gewöhnlichem Druck und Format etwa hundert Seiten füllen dürfte, durchaus rechtfertigen würde. Unter anderm wird die Ansicht der Gegner zurückgewiesen, daß Bismarcks Sozialpolitik „nur ein Element der Konfliktstrategie“ gewesen sei. Von der im Jahre 1879 inaugurierten Zollpolitik wird gesagt, sie sei reaktionär gewesen, „weniger wegen des ziemlich niedrigen Industrieschutzes — von dem bei uns wie im Auslande viel zu viel Wesens gemacht wird — als wegen des zunächst gleichfalls mäßigen, dann aber mehr und mehr verschärften Agrarschutzes“, und hinzugefügt: „reaktionär wohl, aber feudal, wie sie oft charakterisiert wird, nur dem Effekt, nicht dem Motive nach.“ In dem ebenfalls neuen Artikel „Bodenbesitzreform“ kritisiert der Verfasser (Diehl) die verschiedenen Phasen dieser Bewegung und urteilt über die gegenwärtige, in Deutschland von Damaschke vertretene: die auf dessen Betreiben in Hunderten von Gemeinden eingeführten Reformen der Bodenbesteuerung und die Anwendung des Erbbaurechts bedeuteten einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik, aber nur den Maßregeln selbst sei zuzustimmen, nicht dagegen, wenigstens, da viele dazu gehörende Fragen noch lange nicht spruchreif seien, nicht unbedingt ihrer wissenschaftlichen Begründung. Neu sind außer diesen beiden folgende Artikel: Binnenwanderung; Blondel, Georges; Bücher, Karl; das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich; Bürgschaft; Buridan; Centralgenossenschaftskasse (der Verfasser, C. Heiligenstadt, verweist auf seinen ausführlicheren Artikel im zweiten Supplementbande zur ersten Auflage); Clark; Conrad, Johann; Crome, August Friedrich Wilhelm; Desinfektion; Diehl, Karl; Dönniges, Franz Alexander; Eheliches Güterrecht; Ehrenberg, Richard; Einwanderung; Elektrizitätsindustrie; Elster, Ludwig; Entschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes; Erbbaurecht; Ernten (Erntezyklus und Wirtschaftszyklus); Ertragsteuern. Manche Gegenstände, die in der ersten Auflage in Abschnitten anders benannter Artikel abgehandelt worden waren, haben jetzt eigne Artikel bekommen, so: Chartismus; Christlichsoziale Bewegung; Colbert. Bedeutende Erweiterungen und Ergänzungen haben sehr viele Artikel erfahren; genannt werden mögen nur: Binnenschiffahrt; Börse; Buchführung; Budgetrecht; Dampfersubvention; Diskonto und Diskontopolitik; Einigungsämter; Einkommen; Eisen; Eisenbahn; Emissionsgeschäft; Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. In dem Schlußwort des Artikels „Einkommensteuer“ (die verschiedenen Staaten werden von verschiedenen Autoren behandelt) mahnt Conrad zur Vorsicht bei schärferer Heranziehung der Zensiten, damit nicht allgemeine Defraudation großgezogen werde, und bedauert es, daß die Beweglichkeit dieser Steuer hauptsächlich nur in England und in Sachsen, nicht allgemein durchgeführt sei. Wenn sich demnächst die verbündeten Regierungen und der Reichstag wieder mit der Erbschaftsteuer werden befassen müssen, wird ihnen die Abhandlung von G. Schanz über diesen so leidenschaftlich umstrittenen Gegenstand eine solide Grundlage für die Erörterungen und Debatten darbieten. Möge das nicht weniger schwierige als verdienstvolle Werk, ungehemmt durch widrige Zufälle, die bei der großen Zahl von schwer zu ersetzenden Mitarbeitern so leicht eintreten können, rasch der Vollendung zuschreiten! C. J.

Der englische „Bauer“. George Gissing entwirft (siehe das 32. Heft der Grenzboten S. 254 ff.) eine abschreckende Schilderung vom Bauernleben. Leser, die mit den englischen Zuständen weniger vertraut sind, seien daran erinnert, daß es

Bauern nach dem deutschen Begriff des Wortes in England gar nicht mehr gibt. Es gibt nur kapitalistische Pächter, die ungefähr die unsern kleinern Rittergutsbesitzern und Domänenpächtern entsprechende soziale Schicht ausmachen, und ländliche Tagelöhner, die als Lumpengefindel charakterisiert werden können. (In „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“ ist S. 90 und 91 von ihnen die Rede.) In welchem Umfange die Bemühungen der Regierung, durch innere Kolonisation einen neuen Stand von Kleinbauern zu schaffen, Erfolg gehabt haben, ist mir nicht bekannt; jedenfalls würden diese Kleinbauern keinen Vergleich aushalten mit unsern deutschen Mittel- und Großbauern. Deren nach Landschaften sehr verschiedene Lage, Eigenart und Psychologie darzustellen, wäre eine dankbare Aufgabe; würde aber sehr umfassende und eingehende Studien an Ort und Stelle erfordern; die kleinen Bruchteile des gesamten Standes, die ich kenne, ergeben ein von den englischen Zuständen erfreulich abstechendes Bild. Welche Kraft im deutschen Bauernstande wohnt, erkennt ja auch der oberflächlichste Zeitungsläser schon aus den Berichten über die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der bäuerlichen Landwirte. Interessant ist mir, daß auch dieser Engländer (im 30. Heft S. 161) auf die tiefe Kluft hinweist, die in England das gemeine Volk von den höhern Ständen scheidet. Über den Gegensatz zwischen Südeuropa und England in dieser Beziehung habe ich oft Betrachtungen angestellt.

C. J.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten. Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

## E in Meisterstück des märkischen Silberschmiedegewerbes



Der Kaiserbecher, aus dem dem Kaiser bei der Hohensyburgfeier der Ehrentrunk der Grafschaft Mark kredenzt wurde, ist aus der Altenaer Silberkunstwerkstätte von Arnold Künne hervorgegangen. Der aus getriebenem Silber hergestellte Pokal, der eine Gesamthöhe von 50 cm hat, ist ein Meisterstück des Kunstgewerbes. Er besteht aus dem eigentlichen Pokal und Untersatz. Der Griff des Pokals stellt einen Eichbaum dar, der mit seinen Zweigen eine schwer vergoldete Eichel umfaßt, deren oberer Teil als Deckel abnehmbar ist. Der Becher zeigt vorn an der Eichel das Bildnis des Kaisers, diesem gegenüber den preußischen Adler und dazwischen die Jahreszahlen 1609 und 1909. Die vier Felder der Säule, die nach oben je mit einem vorspringenden Adler abschließen, stellen in Bildern den Bergbau, die Wissenschaft, die Landwirtschaft und die Industrie dar. Außerdem zeigen die Pfeiler und ein um die Säule laufendes Band die Wappen verschiedener Städte der Grafschaft Mark. Der Pokal, der bis in alle Einzelheiten künstlerisch ausgeführt ist, wird vielleicht demnächst seinen Platz in dem Museum der Burg Altena i. W. finden. Die Firma **Arnold Künne, Altena i. W.** fabriziert und liefert zu solidesten Preisen in vornehmer und gediegener Ausführung Tischbestecke, Festgaben u. Kirchengewerbe, Musterbücher an jeden Interessenten franko.